
Liebe Leserinnen und Leser,

an diesem Wochenende tagt in Göttingen die Herbstkonferenz der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung. Die letzten Monate waren für die Bewegung extrem ereignisreich und arbeitsintensiv. Und der drohende Castor-Transport nach Gorleben sagt garantiert auch dafür, dass keine Langeweile aufkommen wird. Wer es noch einrichten kann, sollte sich auf den Weg nach Göttingen machen und / oder nach der Konferenz nachfragen / nachlesen, welche Ergebnisse erarbeitet wurden. Konferenzinfos gibt es im Internet unter

<http://www.netzwerk-antiatom.de//herbstkonferenz-2011/p/grohnde-24-stunden--2>.

Und hier im Newsletter gibt es Informationen zu Themen wie Fracking, CO2-Endlagerung und zum Widerstand der Quallen gegen die Atomindustrie ...

Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch einen goldenen Oktober.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Der BBU fordert ein gesetzliches Verbot der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking)

Auf seiner Vorstandssitzung am 25. September hat der BBU ein gesetzliches Verbot der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking) in der ganzen Bundesrepublik Deutschland gefordert. Dieses Verbot muss auch Vorbereitungshandlungen wie Probebohrungen umfassen, die dem späteren Fracking dienen. Angesichts des wachsenden Drucks großer Energiekonzerne, in Nordrhein-Westfalen auf diese Art Erdgas großflächig zu fördern, sieht der BBU die Politik in der Pflicht, schnellstens zu handeln und kurzfristig ein Verbot gesetzlich zu verankern.

Die von verschiedenen politischen Parteien diskutierte Pflicht, zukünftig eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Fracking durchzuführen, lehnt der BBU dabei als unzureichend ab. "Fracking kann nicht mittels einer UVP umweltverträglich gestaltet werden, es muss vielmehr verboten werden", so Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Der BBU-Vorstand betont noch einmal, dass es sich bei Fracking um eine unbeherrschbare Risikotechnologie handelt. Großflächige Grundwasserverunreinigungen, unkontrollierbare Gasmigrationen, erhebliche Belastungen der Luft und eine ungelöste Abfallproblematik sind die Folgen des Frackings. Diese schwerwiegenden, langfristigen Gefahren für Mensch und Umwelt sind nicht verantwortbar, so der BBU.

Umfangreiche Informationen über die Fracking-Gefahren findet man im Internet z. B. auf der Internetseite www.gegen-gasbohren.de. Auch Mitgliedsgruppen des BBU bringen sich umfangreich gegen die drohende Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten ein. So etwa die Bürgerinitiative für sauberes Wasser Witten (www.gegen-gasbohren.de/bi-witten) und der VSR-Gewässerschutz (www.vsr-gewaesserschutz.de). Der BBU lädt weitere örtliche und überörtliche Bürgerinitiativen, Umweltschutzgruppen und Umweltverbände zur Mitgliedschaft im BBU ein, um das gemeinsame Engagement für den Umweltschutz zu fördern und zu vernetzen. Der BBU berät auch bei der Gründung neuer Bürgerinitiativen. Kontakt zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gibt es über 0228-214032 und unter www.bbu-online.de.

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 26. September 2011

BBU-Pressemitteilungen

Aktuelle Pressemitteilungen des BBU, sowie früher erschienene, kann man hier nachlesen:

<http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

BBU-Materialversand

(UB) BBU-Mitglieder haben in den letzten Tagen per E-Mail Informationen über Buttons und Aufkleber, die in der BBU-Geschäftsstelle erhältlich sind, bekommen. Die Informationen sind jetzt auch unter

<http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html> zu finden. Natürlich können auch BBU-Nichtmitglieder das Bestellangebot nutzen. Buttons und Aufkleber bieten nach wie vor eine sehr gute Möglichkeit umweltpolitische Meinungen in deutlich sichtbarer Form in die Öffentlichkeit zu bringen. Die lachende Anti-Atomkraft-Sonne ist ein unverkennbares Symbol und auch die anderen Motive beinhalten klare Aussagen.

Und: Wer Buttons und Aufkleber beim BBU bestellt, unterstützt den BBU damit finanziell - und ein möglichst gut abgesicherter BBU kann auch wiederum bestmöglich Bürgerinitiativen bei der Arbeit helfen.

Im Oktober: Vorträge zu Fukushima

(UB) Kazuhiko Kobayashi, ein japanischer Atomkraftgegner, hat dem BBU angeboten, in der Bundesrepublik deutschsprachige Vorträge über die Situation in und um Fukushima zu halten. Hieraus hat sich in Zusammenarbeit des BBU mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen eine Vortragsreihe durch etwa 10 bundesdeutsche Städte ergeben. Wer Herrn Kobayashi noch buchen möchte sollte sich schnellstmöglich in der BBU-Geschäftsstelle (0228-214032) oder beim AK Energie des BBU (02562-23125) melden.

Anfang Oktober wird auf der BBU-Homepage eine Übersicht aller Vortragsorte veröffentlicht.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Quallen contra Atomstrom

(UB) Nicht nur Umweltverbände und Anti-Atomkraft-Initiativen setzen sich gegen Atomanlagen zur Wehr: Auch Meerestiere. Informationen dazu findet man unter

http://www.swissinfo.ch/ger/news/newsticker/international/Meeresbewohner_drohten_Kuehlsystem_eines_Kraftwerks_lahmzulegen.html?cid=30585330

Proteste sechs Monate nach Fukushima

Am 11. September 2011 war seit der Katastrophe von Fukushima ein halbes Jahr vergangen. Aus diesem Anlass haben Aktive von BBMN-Mitgliedsgruppen bzw. aus dem BBMN-Umfeld am zweiten Septemberwochenende Mahnwachen in Heilbronn, Ludwigsburg und Stuttgart durchgeführt. Hiermit wurde ein Zeichen gesetzt, dass die Opfer der Atomkatastrophe in Japan nicht vergessen sind und dass wir wegen Fukushima weiterhin das sofortige Aus für alle Atomanlagen fordern - weltweit. Einige Bilder der Aktionen können auf www.bbm.de angeschaut werden.

Wolfram Scheffbuch, BBMN e.V., Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN)

Keine Verbrennung deutschen Atommülls in den USA

BBU schickt Fragenkatalog an das Bundesumweltministerium

Nach der Explosion, die sich am Montag in einer französischen Atomanlage ereignet hat, hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) einen Fragenkatalog an das Bundesumweltministerium geschickt. Darin erkundigt sich der BBU, ob es in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare Anlagen gibt und welche Konsequenzen das Bundesumweltministerium aus dem Störfall in Frankreich für vergleichbare Atomanlagen in der Bundesrepublik zieht. In dem Schreiben betont der BBU auch seine grundsätzliche Ablehnung der Atomenergienutzung „und fordert die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.“

Verschiedenen Medienberichten ist zu entnehmen, dass sich der französische Störfall in einer Atommüll-Verbrennungsanlage ereignet hat. Der BBU betont, dass bei der Verbrennung von Atommüll das Problem mit der Radioaktivität des Materials nicht gelöst wird. Im Frühsommer wurde bekannt, dass 1000 Tonnen radioaktive Abfälle aus der Bundesrepublik in einer amerikanischen Atommüllverbrennungsanlage verbrannt werden sollen. Der BBU lehnt einen derartigen Atommüll-Tourismus ab.

<http://bewegung.taz.de/organisationen/contratom/blageintrag/1-000-tonnen-atommuell-zur-verbrennung-nach-amerika>
Sorgen bereitet dem BBU aber auch die Atommüllverbrennung, die hierzulande, z. B. in Jülich, erfolgt:

http://www.fz-juelich.de/gn/DE/Leistungen/DekontaminationundEntsorgung/Verbrennung/Verbrennung_node.html

„Atommüll kann weltweit nicht sicher entsorgt werden, weder durch Lagerung noch durch Verbrennung. Daher darf kein weiterer Atommüll mehr produziert werden“, fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Der BBU ruft zur Teilnahme an den internationalen Anti-Atomkraft-Aktionen auf, die am kommenden Wochenende stattfinden und sich auch gegen französische Atomanlagen richten. Informationen dazu im Internet unter www.cattenom-abschalten.de

Pressemitteilung des BBU vom 13.09.2011. Die Fragen an das Ministerium können hier nachgelesen werden:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmittelungen/PR%202011/13.09.11.html>. Eine Antwort lag dem BBU bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Demonstration in Tihange am 17. September 2011

Rund 2000 Menschen demonstrierten am 17. September am AKW-Standort Tihange (Belgien). Auch der BBU hatte zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Hier ein Bericht der Aachener Nachrichten über die Demonstration:

<http://www.az-web.de/news/topnews-detail-az/1818322/2000-Menschen-demonstrieren-gegen-AKW-Tihange>

Weitere Informationen unter <http://www.stop-tihange.org/de/index.html>.

Internationaler Protest gegen Atomanlagen

Deutsch-russische Atomtransporte sollen gestoppt werden

Die bereits vorhandenen Kontakte zwischen der russischen und deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung sollen verstärkt, und weitere Atommüll-Exporte von Deutschland nach Russland sollen verhindert werden. Und gegen Urantransporte von Russland nach Deutschland soll intensiver als bisher demonstriert werden. Zudem soll umfangreicher als in der Vergangenheit grenzüberschreitend gegen den Bau neuer Atomkraftwerke in Russland vorgegangen werden.

Dies sind einige der Ergebnisse umfangreicher Gespräche zwischen russischen und deutschen Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegnern, die am Wochenende in Gronau stattgefunden haben. In der Nähe der Gronauer Uranan-

reicherungsanlage (UAA) hatten Anti-Atomkraft-Initiativen ein Protest- und Vernetzungscamp errichtet, das als Diskussionsort für viele Themen rund um die Urananreicherungsanlage und um Urantransporte diente.

Am Samstagvormittag hat zudem ein Gespräch zwischen Mitgliedern verschiedener deutscher und russischer Initiativen mit der Geschäftsleitung der Urananreicherungsanlage stattgefunden. Seitens der Anti-Atomkraft-Initiativen wurde erneut kritisiert, dass von der Gronauer Anlage aus rund 27.000 Tonnen Uranmüll nach Rußland exportiert wurden.

Sorge löste bei Rashid Alimov, Natalja Mironowa (Tscheljabinsk) und Andrej Talavlin (Tscheljabinsk) die Aussage des Leiters der Urananreicherungsanlage aus, dass es sei möglich sei, dass zukünftig wieder Uran von Gronau nach Rußland transportiert werden könnte. Aus Protest, auch gegen aktuelle Uranmülltransporte von Gronau nach Frankreich, soll am 6. November an der Gronauer Urananreicherungsanlage eine Kundgebung durchgeführt werden.

Bei dem Anti-Atomkraft-Camp in Gronau wurde auch betont, dass es keinen Atommüll-Transport von Ahaus nach Russland geben darf. "Die Atommüll-Lagerung ist in Ahaus und in Russland gleichermaßen gefährlich. Aber der zusätzliche, hochgefährliche Transport von Atommüll von Ahaus nach Majak in Russland wäre verantwortungslos", so ein Teilnehmer des Protestcamps in Gronau.

Weitere Informationen unter www.urantransport.de, www.aku-gronau.de, www.bbu-online.de.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU, des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und des Gronauer Trägerkreises "Gronauer Ostermarsch vom 19. September 2011. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/19.09.11.html>

"Messen, damit der Castor kommt" - BI Umweltschutz kritisiert das NMU

Mit harscher Kritik reagiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) auf die Verlautbarungen des Niedersächsischen Umweltministeriums (NMU). Strahlenmessungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) hatte der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) mit den Worten quittiert, er sehe nun keinen Grund mehr, den nächsten Castortransport nach Gorleben zu untersagen. Die BI hingegen verweist auf Ungeheimheiten der PTB-Messungen und die Schönung der Strahlenwerte in Gorleben durch die Betreiberfirma, die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS).

Erhöhte Strahlenwerte in Gorleben, die darauf hindeuteten, dass der sogenannte Eingreifwert von 0,27 Millisievert (mSv) pro Jahr am Zaun des Brennelement-Zwischenlagers nicht auszuschließen seien, hatten die Gorleben-Gegner im August alarmiert. Der Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK) hatte zudem prognostiziert, dass mit der Einlagerung von 11 weiteren Castoren, die Ende November nach Gorleben transportiert werden sollen, der gesetzlich festgelegte Grenzwert von 0,30 mSv überschritten werden könnte.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) hat nun ebenfalls Messungen durchgeführt und kommt auf einen "Gesamtstrahlungswert" von

0,212 mSv. Die PTB hatte an 5 Tagen Messungen durchgeführt und das Messergebnis dann auf ein Jahr hochgerechnet. Dabei kamen niedrigere Werte zu Stande als bei den Messungen des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasser-, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), der eine baldige Überschreitung des Grenzwerts von 0,3 mSv prognostiziert hatte.

"Hier wird gemessen, damit der Castor kommt", kommentiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke die PTB-Ergebnisse. Der PTB-Wert, ein "Gesamtstrahlungswert" sei offensichtlich eine Durchschnittssumme. "Es zählt aber der Wert am ungünstigsten Aufpunkt, und diesen Wert soll das NMU bekannt geben", fordert die BI. Unter anderem argumentierte die PTB, die erhöhten Werte seien unter anderem durch den Schotterweg hinter dem Zaun zu erklären. Unklar sei, warum keinerlei Gammawerte festgestellt wurden, immerhin brachte die NLWK 0,48 mSv Gammastrahlung und 0,05 mSv Neutronenstrahlung als natürliche Hintergrundstrahlung zum Abzug von den gemessenen Werten und schlug Alarm, weil auch nach Abzug dieser Hintergrundstrahlung die gesetzlich vorgegebene Marge ausgeschöpft würde. "Merkwürdig auch, dass die NLWKN zu dieser Sitzung mit der PTB nicht eingeladen war", sagte Ehmke.

"Im Kern sind die PTB-Messungen nah dran an denen der NLWKN und alarmierend, die Frage ist allein, wie viel von der gemessenen Strahlung als "natürliche Hintergrundstrahlung" zum Abzug gebracht werden darf, ein Durchschnittswert ist dabei irrelevant", schreibt die BI. Aus Sicht der Gorleben-Gegner werden die zulässigen Strahlenwerte in Gorleben schon seit Jahren überschritten.

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow - Dannenberg e.V. vom 27.09.2011. Die BI ist im BBU organisiert. Aktuelle Infos zur Radioaktivität beim Castor-Lager in Gorleben unter <http://www.gorleben-castor.de/index.php?cont=news&id=373&n=1>. Weitere Infos unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen am 8. Oktober in Jülich

Die Einladung zur Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen findet man z. B. hier: <http://antiatomowl.wordpress.com/2011/09/23/einladung-zur-nrw-anti-atom-landeskonferenz>. Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf und Informationen gibt es u. a. beim AK Energie des BBU unter 02562-23125.

Castortransport nach Gorleben stoppen

Der Castortransport von Frankreich nach Gorleben soll nach derzeitiger Informationslage am 24. November starten. Für den 29. Oktober wird zu einem bundesweiten Castor-Streckenaktionstag aufgerufen. Weitere Informationen rund um den drohenden Castor-Transport unter

<http://www.gorleben-castor.de/index.php?cont=2>

und auf der Homepage der BBU-Mitgliedsgruppe BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.



Chemieindustrie

Gift im Schrebergarten: Holzschutzmittel & Co

Die Informationen im Hamburger Abendblatt sind nicht neu – aber es ist immer wieder gut, wenn auch die Tagespresse die täglichen Gefahren auf den Punkt bringt:

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article2044309/Wir-greifen-haeufig-zu-Gift-anstatt-zum-Gesunden.html>

CO2-Endlagerung

Bundesrat verweigert dem CCS-Gesetz die Zustimmung

Die letzten Wochen vor der Bundesratsentscheidung am 23.9. waren seitens der diversen Bürgerinitiativen ausgefüllt mit der Verbreitung eines Appells, in dem Bundesrat und Bundespräsident aufgefordert werden, die CCS-EU-Richtlinie durch ein CCS-Unterlassungsgesetz umzusetzen. Mehr als 80 Initiativen, Organisationen, Verbände, Vereine und Gruppierungen aller Art - darunter auch etliche Anti-Atom-Gruppen - 110 Bürgermeister, Politiker und sonstige Funktionsträger, sowie eine Palette von Firmen und Persönlichkeiten von der Bustouristik über Schauspieler bis zur Shiatsu-Praxis unterstützen bislang diesen Appell deutschlandweit. Insgesamt wird ein Personenkreis von mehr als 100.000 repräsentiert - darunter z.B. auch die bekannte Sängerin und Liedermacherin Bettina Wegner.

Am 23.9. vor dem Bundesrat:

Insgesamt hatten sich schätzungsweise 150 Menschen vor dem Bundesrat eingefunden. Darunter Tierschützer aber auch jugendliche Mitglieder der IG BCE, deren Schilder CCS als Rettung der Zukunft darstellten, während ihre Gesichter eher Ratlosigkeit ausdrückten.

Neben zahlreichen Transparenten waren Blickfang ein Tieflader mit CO2-Bomben sowie zahlreiche schwarze Fässer mit dem gleichen Inhalt, die der BUND mitgebracht hatte. - Dem BUND auch herzlichen Dank für die Anmeldung der Aktion, die von der Polizei kooperativ begleitet wurde.

Politische Lage

Der Bundesrat hat dem Gesetzversuch also die Zustimmung verweigert. Wie das Verfahren weitergehen soll, ist den Politikern selber weitgehend unklar.

Damit hat die Bevölkerung, die den CCS-Irrsinn nicht haben will, den in der gegenwärtigen Situation größtmöglichen Erfolg erreicht. - Freude, Befriedigung, Ermutigung für alle, die daran in der einen oder anderen Weise mitgewirkt haben!

Die Alternative

Bedeutung erhält die Frage nach der Alternative zu CCS. - Es ist zu hoffen, dass "neue Wälder sind die besseren CO2-Speicher" als die richtungweisende Antwort erkannt werden wird, zumal es gefahrlos und umweltfreundlich möglich ist, das Holz nach einer Phase der "Kaskadennutzung" dauerhaft der Oxydation zu entziehen. Dies wäre überhaupt Beispiel und Weichenstellung für eine Forschung und Wirtschaftsweise, die die Natur und die anderen Lebensformen des Planeten nicht als Gegner ansieht, gegen die der Mensch sich durchsetzen muss, sondern als Partner, mit denen eine gute Kooperation möglich ist.

Wir machen weiter!

Die Appell-Aktion sollte - wie mehrfach erwähnt - weitergehen. Erst mit der Verabschiedung eines CCS-Unterlassungsgesetzes hat sie ihr Ziel erreicht. - Und es ist gut vorstellbar, dass auch danach die Verbindungen, die im Zusammenhang dieser Aktion entstanden sind, eine Bedeutung haben werden.

Erst mal ist aber jetzt angesagt, den Teilerfolg zu feiern, der sich im Bundesrat manifestiert hat!

Christfried Lenz (BI "Kein CO2-Endlager Altmark", <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de>)

Der Beitrag wurde von der Redaktion gekürzt. Der vollständige Beitrag kann bei der Redaktion angefordert werden.

Fracking

Bürgerinitiative gegen Gasbohren (BIGG) Drensteinfurt

Aktuelle Informationen über die Arbeit der BI findet man u. a. unter

http://www.ivz-online.de/lokales/kreis_warendorf/drensteinfurt/1707343_Keine_Nein_Sager_mehr.html

Juristischer Widerstand

Verfassungsbeschwerde eingelegt gegen Beschneidung von Klagerechten Privater bei öffentlichen Infrastrukturvorhaben

Die Beteiligungsrechte der Bürger stehen spätestens seit „**Stuttgart 21**“ im Focus von Öffentlichkeit und Politik. Jetzt steht ein Rechtsinstitut auf dem Prüfstand, das ursprünglich vor allem zum Planungsschutz von **Atomkraftwerken** entwickelt wurde, heute aber auch bei Planfeststellungsverfahren für Straßen und Schienenwege gilt. Im Planungsrecht ist die Befugnis zur Erhebung von Einwendungen an strikte Fristen in bestimmten Verfahrensschritten gebunden. Ein Fristversäumnis führt zum endgültigen Ausschluss der Möglichkeit für den Einwender, damit gehört zu werden. Man spricht von „materieller Präklusion“. Der präkludierte Vortrag wird der gerichtlichen Überprüfung vollständig entzogen. Zweck ist, eine rechtswidrige Planung weitgehend vor der Klage durch Betroffene zu schützen und damit politisch gewollte Planungsvorhaben nicht nur zu beschleunigen, sondern im Einzelfall gegebenenfalls sogar überhaupt erst zu ermöglichen.

In dem jetzt dem Verfassungsgericht vorgelegten Fall der Planfeststellung einer Bundesstraße in Ost-sachsen (B 178n) hatten sich private Kläger auf eine Beeinträchtigung der europäisch streng geschützten Haselmaus berufen. Dieser Vortrag wurde vom Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 23.03.2011 - BVerwG 9 A 9.10) unter Verweis auf die strengen Präklusionsvorschriften des § 17a Nr. 7 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) zurückgewiesen. Hier hatte die Behörde erstmals 2005 Planungsunterlagen öffentlich ausgelegt. In diesen fand sich kein Hinweis auf ein mögliches Vorkommen der Haselmaus, obwohl bei Experten in der Region bereits damals entsprechende Daten vorhanden waren. Eigentlich wäre es Aufgabe der zuständigen Behörden gewesen, diese Daten ins Verfahren zu bringen. In ihrer ersten fristgemäßen Stellungnahme haben die Kläger die Haselmaus dann auch nicht erwähnt. Erst im Verlauf der weiteren Planungen und auf Druck verschiedener Einwender, darunter die Kläger, wurde die Haselmaus dann im Oktober 2009 offiziell in die Planungen aufgenommen. Zur Haselmaus ist es wichtig zu wissen, dass diese scheuen Kleinsäugetier 95 % ihrer nächtlichen Aktivität in den Kronen der Bäume und Sträucher verbringen und selbst kleinere Exkursionen auf dem Boden vermeiden. Für normale Menschen sind sie praktisch unsichtbar und überdies nur schwer von anderen Kleinsäugetieren zu unterscheiden. Die klagenden Landwirte hätten daher rechtlich betrachtet schon 2005 ein hoch spezielles Fachwissen in ihre innerhalb nur weniger Wochen mögliche Stellungnahme einbringen müssen, das nicht einmal die zuständigen Naturschutzbehörden hatten.

Der deutsche Gesetzgeber hat die ursprünglich auf das Recht der Genehmigung von Großanlagen (insbesondere Atomkraftwerke) konzentrierte materielle Präklusion in den letzten Jahren auf nahezu alle Bereiche des Fachplanungsrechts ausgeweitet. Aus einem Sonderrecht ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz geworden. Diese Vorschriften sind international ein seltener Ausnahmefall, gerade auch in Europa. Schon seit Beginn an, gab es Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit. Die Auseinandersetzungen konzentrierten sich schließlich ab den 1970er Jahren auf das Atomrecht.

Aus einer Pressemitteilung von Rechtsanwalt Wolfram Günther vom 3. August 2011. Vollständiger Text unter <http://www.anwaltskanzlei-guenther.de/pdf/PM%20Verfassungsbeschwerde%20Planungsrecht%202011-08-03.pdf>
Weitere Informationen zum Widerstand gegen die B 178n unter www.b178n.de.

Verwaltungsgericht Köln bestätigt den Anspruch des BBU – Anschriften sowie Betreiber- und Firmennamen von Störfallanlagen müssen übermittelt werden

In einem Urteil hat das Verwaltungsgericht Köln aktuell den Anspruch von Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), auf Übermittlung der Anschrift besonders gefährlicher Industrieanlagen sowie des Namen oder der Firma des jeweiligen Betreibers bestätigt. Der Versuch einer Firma, für ihren unter die Störfall-Verordnung fallenden Betrieb die Bekanntgabe dieser Daten gerichtlich zu verhindern, ist damit vorerst gescheitert.

„Das Urteil ist ein großer Erfolg für die Anlagensicherheit und den Umweltschutz in Deutschland“ stellt Oliver Kalusch für den BBU fest. Und weiter führt er aus: „Gerade die für Mensch und Umwelt gefährlichsten Industrieanlagen dürfen vor Umweltschützern nicht geheim gehalten werden. Dies hat das Gericht bestätigt.“

Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts kommt eine Auseinandersetzung zu einem vorläufigen Abschluss, die seit dem Mai 2006 geführt wurde. Damals hatte Kalusch, der auch Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesumweltministerium ist, mit zwei weiteren Mitgliedern von Umweltverbänden die Übermittlung dieser Daten für alle Störfall-Betriebe in Deutschland beantragt. Nachdem das Bundesumweltministerium den Antrag zunächst abgelehnt hatte, gab es diesem im Juni 2009 im Widerspruchsverfahren statt. Gegen diese Entscheidung hatte ein Anlagen-Betreiber im Juli 2009 für seinen Betrieb Klage eingereicht. Zu dem folgenden Verfahren hatte das Gericht auch Oliver Kalusch beigeladen. Oliver Kalusch hat sich hieran aktiv bis zum erfolgreichen Urteil mit Schriftsätzen beteiligt. Mit Datum vom 29.8.2011 hat das Gericht die Klage des Betreibers abgewiesen und am 9.9.2011 den Prozessbeteiligten zugestellt (AZ 13 K 4683/09).

Das Gericht stellt in seiner Begründung zentral darauf ab, dass für eine Geheimhaltung der Informationen eine ernsthafte, konkrete Gefahr vorliegen muss. Eine solche sei aber durch die Übermittlung der geforderten Daten nicht gegeben. Auch Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten stünden einer Informationsübermittlung nicht entgegen, so das Gericht. Damit hat sich das Verwaltungsgericht Köln nicht von Teilen der Industrie beeindruckt lassen, die die Angst vor dem Terrorismus benutzen wollen, um jegliche Information und Kontrolle der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeiten zu verhindern.

"Sobald das Urteil rechtskräftig ist, haben Umweltverbände und Bürgerinitiativen die Möglichkeit, kontinuierlich gezielt Informationen über Sicherheitsmaßnahmen zu bekommen, systematisch Sicherheitsmängel aufzudecken und die Behebung von Defiziten einzufordern. Den klagenden Betreiber fordern wir auf, auf sämtliche Rechtsmittel gegen das Urteil zu verzichten," betont Oliver Kalusch.

Pressemitteilung des BBU vom 11.09.2011; <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/11.09.11.html>

Klimaschutz

Weltklimatag

Anlässlich des Weltklimatages (24.09.) wies die BI in Brunsbüttel, unterstützt von Mitgliedern der BI "Kein CO2-Endlager" aus Nordfriesland, auf die Schädlichkeit von Kohlekraftwerken hin. Geschäftsführerin der SWS "Bettina Morlok", Grüner Oberbürgermeister von Tübingen "Boris Palmer" und CEO der Schweizer Repower "Kurt Bobst" kommen mit "modernster Technik" mit einem rauchenden Kohlekraftwerk nicht voran und werden von der Windkraft überholt. Quelle und Fotos der Aktion: <http://www.bi-unterelbe.de/aktionen/aktionen-ueberblick/123-240911-weltklimatag.html>; Die BI ist eine Mitglieds-BI des BBU.

Müllverbrennung

Industrieregion Zasavje

Unter der Überschrift „Im Tal der Atemlosen“ berichtete die Jungle World am 22. September informativ über den Widerstand in der slowenischen Industrieregion Zasavje gegen die dortige Umweltverschmutzung: <http://jungle-world.com/artikel/2011/38/43983.html>.

Tonergerfahren

Immer wieder wird vor Gefahren gewarnt, die von Tonern in Druckern und Kopierern ausgehen. Kritische Testinformationen wurden kürzlich hier veröffentlicht:

<http://www.presseportal.de/pm/51005/2117562/farb-laserdrucker-schadstoffe-im-toner>

Umfassende Informationen gibt es bei der Stiftung nano-Control unter <http://www.nano-control.de>. Die Stiftung ist Mitglied im BBU.

Verkehrspolitik

Neuer Verkehrs-Newsletter erschienen

Anfang September ist der neue Newsletter des FUSS e.V. - Fachverband Fußverkehr Deutschland und des UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt erschienen. Diesmal geht es um die geplante Änderung der StVO: Das Bundesverkehrsministerium will alte und neue schlechte Ideen im Herbst in Kraft treten lassen. Außerdem enthält der Newsletter Hinweise, wie man Wegebeschreibungen auch für Unmotorisierte gestalten kann und es wird mitgeteilt, dass die Fußverkehrsstrategie für Berlin noch vor den Wahlen beschlossen wurde. Ein Aufruf für ein bundesweites Bahn-Erfolgsmodell und ein Nachklang zum BUVKO runden den Newsletter ab.

INHALT:

1. StVO-Novelle: Zehn Jahre und kein bisschen weiser!
2. Wegebeschreibungen oft nicht zielführend
3. Fußverkehrsstrategie für Berlin beschlossen
4. Abschluss des BUVKOs/ Trierer Manifest
5. Ein bundesweites Bahn-Erfolgsmodell steht am Scheideweg

Der Newsletter ist bei Interesse bei den Kontaktadressen von FUSS und Umkehr erhältlich:

FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland

UMKEHR e.V. - Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt

Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin, Fon 030/ 492 74 73, info@fuss-ev.de, <http://www.fuss-ev.de>, info@umkehr.de, <http://www.umkehr.de>.

Stuttgart 21

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 ist in aller Munde. Wichtige Argumente gegen Stuttgart 21 und weitere Hintergrundinformationen findet man unter

<http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=501>.

Stopp A 44 – Minister Posch muss jetzt die Kurve kriegen ROBIN WOOD fordert sofortigen Stopp für Autobahn-Neubau

Das hessische Verkehrsministerium will im Oktober grünes Licht für den Bau eines weiteren Teilabschnitts der Autobahn 44 geben. ROBIN WOOD fordert Landesverkehrsminister Dieter Posch (FDP) auf, die Genehmigung für diesen Abschnitt, die so genannte „Spitzkehre“ bei Oetmannshausen, nicht zu erteilen und das komplette Autobahnprojekt zu stoppen. Der Autobahn-Neubau soll von Kassel nach Wommen bei Eisenach führen. ROBIN WOOD lehnt den Bau der A44 wegen extrem hoher Kosten, geringen verkehrlichen Nutzens und großer Umweltschäden ab.

„Der Bundesverkehrsminister meldet Ebbe in der Kasse. Trotzdem soll mit der A44 die teuerste Autobahn der Welt gebaut werden, für die nachweislich kein Bedarf besteht. Das ist widersinnig und niemandem mehr zu vermitteln“, sagt Klaus Schotte von ROBIN WOOD in Kassel.

Obendrein wird die Autobahn sieben europäische Naturschutzgebiete sowie große Waldgebiete zerschneiden und ist damit auch ökologisch nicht zu verantworten.

Mehr Infos zur A44 unter: <http://www.robinwood.de/A44>

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung von Robin Wood vom 22. September 2011; Robin Wood ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.



Impressum

BBU-Newsletter Nr. 9 / 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.10..2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.